

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 01.03.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus
Kleiner Saal
Marktplatz2
06108 Halle

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:25 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Hanna Haupt
Frau Heike Wießner
Herr Andreas Schachtschneider
Frau Ute Haupt
Herr Klaus Hopfgarten
Frau Katja Raab
Frau Dr. Inés Brock
Frau Sabine Wolff
Frau Helga Schubert
Frau Kerstin Masur
Herr Uwe Kramer
Frau Beate Gellert

Ausschussvorsitzende, SPD
CDU
CDU
DIE LINKE.
SPD
FDP
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
MitBÜRGER für Halle-Neues Forum
Stimmb. Mitglied; Freier Träger
stimmb. Mitglied; Freier Träger
stimmb. Mitglied; Freier Träger
stimmb. Mitglied; Freier Träger

Herr Tobias Kogge

Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend,
Schule, Soziales und kulturelle Bildung)

Frau Katharina Brederlow

Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Amt für Kinder,
Jugend und Familie)

Frau Renate Leonhard

Beratendes Mitglied (Katholisches
Propsteipfarramt)

Herr Rene Herr Moses,

Beratendes Mitglied (Humanisten)

Herr Kriminalrat Ralf Berger

Beratendes Mitglied (Polizei)

Herr Dr. Hendrik Kluge

Beratendes Mitglied (Evang.Kirchenkreis)

Frau Petra Schneutzer

Beratendes Mitglied (Migrationsbeauftragte)

Herr Mirko Petrick

Beratendes Mitglied (KJB)

Frau Anja Pohl

Beratendes Mitglied (Stadtelternbeirat)

Entschuldigt fehlten:

Herr René Trömel

DIE LINKE.

Herr Leonhard Dölle

stimmb. Mitglied; Freier Träger

Frau Antje Klotsch

stimmb.Mitglied ; Freier Träger

Frau Carmen Wiebach

Beratendes Mitglied (Jobcenter)

Frau Ilona Hackel

Beratendes Mitglied (Arbeitsagentur)

Frau Janice Windisch

Beratendes Mitglied (Kinder- und Jugendrat)

Frau Carola Messerschmidt

Beratendes Mitglied (LVA)

Herr Richter Bruno Glomski

Beratendes Mitglied (Amtsgericht)

Frau Privorozkaja, Tatjana

Beratendes Mitglied, Jüdische Gemeinde

Frau Susanne Wildner

Beratendes Mitglied (Gleichstellungsbeauftragte)

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief die Sprechstunde für Kinder und Jugendliche auf. Da keine Kinder und Jugendlichen gekommen waren, schloss sie die Sprechstunde und rief die Sitzung auf.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), stellte die Tagesordnung fest. Sie bat darum, die Beschlussvorlage zur „Mittelreduzierung 7“, Vorlagennr.: V/2012/10403, die in der Sondersitzung am 23.2.12 als 1. Lesung behandelt worden ist, heute auf die Tagesordnung als TOP 5.1.2 zu setzen, da dies im Zusammenhang mit dem Haushalt behandelt werden muss.

Es gab keinen Widerspruch hierzu.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), fragte an, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt. Da dies nicht der Fall war, wurde der veränderten Tagesordnung ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 12.01.2012
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 02.02.2012
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Einbringung doppischer Haushalt 2012
Vorlage: V/2011/10306
- 5.1.1 Doppischer Haushalt des Amtes für Kinder, Jugend und Familie 2012
- .

- 5.1.2 Untersetzung der Mittelreduzierung 7
. Vorlage: V/2012/10403
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 7. schriftliche Anfragen von Stadträten
 8. Mitteilungen
 - 8.1. Informationen zum Stand des Bundeskinderschutzgesetzes
 - 8.2. Berichterstattung Modellprogramm JUGEND STÄRKEN - "Aktiv in der Region Halle (Saale)"
 - 8.3. Abschlussbericht zu Hilfen zur Erziehung und Kindertagesstätten 2011
 9. Themenspeicher
 10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
 11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 12.01.2012

Der Niederschrift vom 12.01.12 wurde ohne Änderungen und **ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.**

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 02.02.2012

Der Niederschrift vom 02.02.12 wurde ohne Änderungen und **ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.**

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), gab aus der nichtöffentlichen Sondersitzung vom 23.02.2012 die Beschlüsse bekannt:

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe im Bereich Schulsozialarbeit über Bildung und Teilhabe (Anlage I und Anlage II).

2. Der Stadtrat ermächtigt den Jugendhilfeausschuss, über weitere mögliche Projekte Schulsozialarbeit über Bildung und Teilhabe bis maximal 60.000 € pro finanzierbarer Vollzeitstelle (inklusive Sachkosten) zu beschließen.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Einbringung doppischer Haushalt 2012** **Vorlage: V/2011/10306**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief die Behandlung des Haushaltes auf und sprach an, dass es am 23.02.12 die 1. Lesung hierzu gab. Die Verwaltung hatte hier auch eine Übersicht an die Mitglieder verteilt, welche erörtert worden ist.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass die von der Verwaltung überarbeitete Übersicht zum Teilergebnisplan des Amtes sehr gut ist und gab hierfür ein Lob an die Verwaltung. Diese Übersicht sollte an andere Ämter gereicht werden, damit sich diese beispielhaft daran orientieren können.

Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) dankte für das Lob. Sie sprach an, dass sie es sehr wichtig findet, dass der Haushalt der Stadt beschlossen wird. Eine Zielvorgabe des Jugendhilfeausschusses hierzu ist wichtig, damit der Haushalt des Amtes beschlossen werden kann. Erst dann ist auch die für Mai geforderte Beschlussvorlage zur Förderung in der Jugendarbeit möglich.

Frau Hanna Haupt rief die Behandlung des TOP 5.1.1 auf.

Beschlussvorschlag:

1. Der Ergebnisplan 2012 einschließlich des Vorschlages zur Mittelreduzierung (Anlage 2) sowie die Investitionsprioritätenliste der Investitionsvorhaben 2012 - 2017 (Anlage 1) werden zur Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

Damit ist sichergestellt, dass das Zieldefizit von -9,0 Mio. EUR für 2012 (vgl. genehmigter Haushalt 2010) erreicht wird und der Haushalt 2012 genehmigungsfähig ist.

2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2010 zur Kenntnis.

zu 5.1.1 **Doppischer Haushalt des Amtes für Kinder, Jugend und Familie 2012**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief die Behandlung des Stellenplanes des Amtes auf.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) sprach an, das der Stellenplan des Amtes für Kinder, Jugend und Familie dargestellt worden ist. Sie wird jetzt die aktuelle Situation per 31.01.12 dazu vorstellen, da der den Mitgliedern vorliegende Stand dem vom 30.06.2011 entspricht:

Die Psychologenstelle, hat jetzt den Stand von 2,0 VbE, also + 0,5 dazu erhalten. Hier gab es eine externe Ausschreibung zur Besetzung. Stellen im Bereich ASD- Sozialarbeiter, Stand : 30.06.11: 39 VbE; aktueller Stand jetzt 37,8 VbE. Das sind 1,2 Stellen weniger als benötigt werden. Dies resultiert daraus, dass Sozialarbeiterinnen Teilzeitanträge haben. Dies betrifft vor allem junge Mütter, welche ihren Stundenanteil reduziert haben. Bei den sozialpädagogischen Mitarbeitern waren zum 30.06.11 0,95 VBE, jetzt sind es 0,875 VbE. Dies resultiert aus einer Stundenreduzierung der Mitarbeiterin des Gesunden Städteprojektes. Im Bereich Unterhaltsvorschussgesetz sind gegenüber dem vorhergehenden Stand 0,1 Stelle weniger. Sie sprach an, dass die Situation im ASD schwierig ist. Es gibt auch weiterhin unbesetzte Stellen: 1,0 VbE in der Verwaltung durch Elternzeit, durch Langzeiterkrankungen fehlen 1,75 VbE und im Kinder- und Jugendschutzzentrum Klosterstraße fehlen 1,5 VBE. Beim KJSZ handelt es sich um eine Erzieher- und eine Hauswirtschafterstelle. Eine Zwischenbesetzung der Elternzeitstelle und der Stellen bei den Langzeiterkrankungen war bisher nicht möglich. Sie wies darauf hin, dass ab dem 01.07.2012 ein neues Vormundschaftsgesetz greift, welches vorschreibt, dass ein Amtsvormund maximal 50 Fälle zu bearbeiten hat. Diese gesetzliche Neuregelung ist Resultat der passierten Fälle in anderen Städten. In der Regel sind derzeit pro Amtsvormund 190 – 200 Fälle im Jugendamt Halle. Wir haben nur 3 Amtsvormünder, es fehlt definitiv 1 Stelle. Dies wird dem Finanzausschuss mit vorgelegt, dass wir hier 1 Stelle mehr benötigen.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., bat darum, dass die aktuelle Stellenbesetzung den Fraktionen zugesendet wird. Dies sicherte die Verwaltung zu (Anmerkung PF: wurde am 2.3.12 erledigt).

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass sie die Stellenreduzierung beim ASD sehr problematisch hält. Bis zum Finanzausschuss möchte sie wissen, wie damit umgegangen wird. Das Personalamt muss sich hier positionieren, wie eine Stellenbesetzung erfolgen soll.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) wies auf eine veränderte Fallstruktur im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) hin. Die Mitarbeiter werden nicht jünger. Das Arbeitszeitkontingent wird nicht größer sondern kleiner. Auf Grund von Erkrankungen, Stresserscheinungen, kleiner Kinder etc. nehmen Mitarbeiter die Möglichkeit zur Stundenreduzierung wahr. Dies entspricht auch einer familienfreundlichen Unternehmensstruktur, dies möglich zu machen. Es gibt mit Frau Unger vom Personalamt hierzu Gespräche. In der gegenwärtigen Haushaltssituation gibt es entsprechende Schwierigkeiten mit der Stellenbesetzung. Die Fälle, die die Sozialarbeiter beim ASD beschäftigen, werden nicht geringer und haben eine veränderte Struktur angenommen. Der ASD kämpft und versucht, die schwierigen Fälle, die da sind, abzuwenden.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob gesagt werden kann, wie viel Fälle pro ASD-Sozialarbeiter bearbeitet werden und wie viel davon besonders schwerwiegend sind.

Frau Brederlow antwortete, dass die Verteilung der Fälle sehr unterschiedlich ist. Die Fallbelastung liegt beim ASD im Schnitt bei ca. 28 Fällen, die aktiv zu bearbeiten sind. Das heißt, an denen ständig dran geblieben werden muss.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied sprach an, das es hier um die Fälle geht, bei denen ständig geschaut werden muss. Die Passivzahl wäre anders. Die veränderte Fallstruktur verlangt den Sozialarbeitern viel ab. Es hat sich in den letzten zehn Jahren bei den Familien viel geändert.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte an, wie der Krankheitsstand beim ASD ist. Sie sieht es als Aufgabe des Fachausschusses an, dass dieser sich dafür einsetzt, dass in diesem Bereich eine Stellenbesetzung erfolgen muss.

Anfrage Frau Masur, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), was die Fallzahlen beim ASD an sich ausmachen, da ja hier nicht nur die fallbezogene Arbeit anfällt?

Frau Brederlow antwortete, dass hier verschiedene Dinge rein spielen. U.a. die Trennungs- und Scheidungsberatung, zum Sorgerecht, Trägerkontakte. Beim ASD gibt es einen hohen Krankenstand.

Frau Heder, Ressortleiterin Süd, ergänzte, dass 1/3 der Gesamtbelastung im Fall an sich zu sehen sind, dann kommen noch die Beratungsfälle oder auch die Gerichtstermine hinzu.

Frau Masur sprach an, dass die Gerichtstermine ja auch ein hohes Pensum an Arbeitszeit ausmachen und hier gehört ja auch die entsprechende Vorbereitungszeit noch dazu.

Frau Brederlow sprach an, dass auch eine Zunahme von Gerichtsverfahren zu verzeichnen ist, da sich auch die Anzahl der klagewilligen Personen gegenüber den Vorjahren verändert hat. Es gibt zum gemeinsamen Sorgerecht, zu Trennung und Scheidung sehr viele strittige Sachen. Sie würde dies mal darstellen, womit sich der Sozialarbeiter im ASD beschäftigen muss. Das stellt sie mal vor.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass die Stadtverwaltung über ein Gesundheitsmanagement verfügt. Wie werden die Krankheitsfälle gemeldet, was wird unternommen, welche Maßnahmen zur Vorbeugung werden hier durchgeführt?

Frau Brederlow sagte zu, die aktuelle Anzahl der Überlastungsanzeigen der Niederschrift beizufügen. Mit dem Gesundheitsmanagement (GM) wird eng zusammen gearbeitet, diese versuchen unterstützend zu wirken. In der Stadtverwaltung ist ein relativ hoher Krankenstand. Die Anzahl der Mitarbeiter im GM hält sich auch in Grenzen, so dass nicht gleichermaßen überall in der Stadtverwaltung unterstützend ständig zur Seite gestanden werden kann. 2011 gab es mit dem KJSZ Klosterstraße ein intensives Projekt. Es wird auch intern nach Hilfe von externen Personen gesucht, dies ist aber mit Zeit und Finanzen verbunden.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied sprach an dass der Sozialdienst das Herz eines Jugendamtes ist. Hier steht die Frage der Sicherstellung des Kindeswohl an 1. Stelle. Durch die veränderte Fallstruktur wird der ASD auch gezwungen, gegenüber den Trägern anders aufzutreten. Die bekannten Fälle aus Magdeburg und Hamburg zwingen vermehrt zu dieser Position des ASD, als dies früher der Fall war. Es muss auch die veränderte Struktur bei den Trägern gesehen werden. Wenn der Bund die Gesetzgebung ernst macht, dann würde das Jugendamt 13 neue Stellen benötigen. Es sollte mal im Jugendhilfeausschuss als Sonderthema angegangen werden. Hier müssten die Schwerpunkte in der Arbeit mal angesehen werden, dann wird auch deutlich, welche Veränderungen passieren. Die Klagen gegen Sozialarbeiter im ASD steigen, demzufolge ist ein entsprechendes Auftreten der Mitarbeiter auch klar nachvollziehbar. Auch die Überwachung der Betriebserlaubnisse im Kita-Bereich muss thematisiert werden.

Frau Masur bat darum, bei der Erarbeitung des Aufgabenfeldes des ASD-Sozialarbeiters dies auch in das Verhältnis auf das Stundenvolumen zu setzen, wenn dies machbar ist. Sie glaubt, dass der ASD unterbesetzt ist und vielleicht könnte das mal dargestellt werden.

Frau Brederlowsagte zu, die Darstellung aktuell zu versuchen.

Frau Wolff fragte an, wie wir jetzt weiter verfahren wollen?

Frau Hanna Haupt unterbreitete den Vorschlag, sich jetzt über den Haushalt zu verständigen und diesen zur Abstimmung zu bringen.

Anfrage Herr Schachtschneider, was jetzt passiert, wenn zu dem vorliegenden Stellenplan des Amtes abgestimmt wird. Wenn er jetzt zustimmt, kann er dann davon ausgehen, dass zu den Stellen und den Problemen weiterhin etwas unternommen wird und das Amt da dran bleibt?

Herr Kogge, Beratendes Mitglied sagte zu, dass die Probleme angegangen werden müssen und er und Frau Brederlow da dran bleiben werden.

Frau Hanna Haupt fragte an, ob es weitere Fragen gibt.

Da dies nicht der Fall war, rief sie zur Abstimmung des Haushaltes einschließlich des Stellenplanes des Amtes für Kinder, Jugend und Familie auf.

Befürwortungen	10
Ablehnungen	0
Enthaltungen	2

Einstimmig zugestimmt

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung der Haushaltskonsolidierung des Amtes auf.

Befürwortungen	11
Ablehnungen	0
Enthaltungen	1

Einstimmig zugestimmt.

zu 5.1.2 Untersetzung der Mittelreduzierung 7 Vorlage: V/2012/10403

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass die Rede davon ist, dass es zu den Mittelreduzierungen nochmal Veränderungen geben soll, hierzu liegt aber nichts vor.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) sprach an, dass er für die Mittelreduzierung 7 sprechen möchte, da er den Blick auf den gesamten Haushalt der Stadt hat. Er bat darum, zu reflektieren, wie das Problem gelöst werden soll. Die Frage ist, wo soll das Geld herkommen, was ausgegeben werden soll? Er möchte eine Haushaltsgenehmigung hinbekommen.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, sprach an, dass beim Frauenschutzhaus gesehen werden muss, wie es geht. Zum Schnatterinchen fragte er an, ob es hier evtl. doch weitergehen soll, um keine Fördermittel zurück zahlen zu müssen. Zu den Kürzungen im Kita-Bereich gibt es eine eindeutige Aussage des Leiters des Eigenbetriebes, dass es nicht machbar ist 5% Eigenanteil zu zahlen. Also ist das nicht leistbar. Die Frage ist zu den Mitteln über BuT 700.000 EUR, ob die mit eingesetzt werden können.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) antwortete, dass wird die Mittel aus Bildung und Teilhabe (BuT) zusätzlich erhalten, das kann nicht kompensiert werden. Für das Schnatterinchen gibt es einen interessierten Träger, welcher Angebote im Bereich Hilfen zur Erziehung dort anbieten würde, das sieht sie als Möglichkeit, um das Objekt nicht schließen und Fördermittel zurück zahlen zu müssen. Im Kita-Bereich wurde gesagt, dass eine 5%ige Eigenbeteiligung geprüft wird, da dies von Träger zu Träger unterschiedlich anzusehen ist.

Frau Raab, FDP-Fraktion, sprach an, dass gesetzlich von einer „bis zu 5%igen Eigenbeteiligung“ gesprochen wird. Die Zahlen können angepasst werden, vielleicht bei 2,5 – 3% Eigenbeteiligung. Dies muss entsprechend geprüft werden.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sieht das ebenso. Die Kita-Träger sagen, dass 5% Eigenbeteiligung nicht möglich wären. Sie vermisst in der Vorlage, dass gesagt wird, was realistisch möglich ist. Die Kürzung bei der Förderung der Jugendhilfe würde sie ablehnen. BuT kann nicht Ersatz sein. Schön, wenn wir Bundesprogramme bekommen, aber diese sind nur zeitlich befristet. Die Kommune ist hier auch in der Verantwortung. Die Reduzierung beim Schnatterinchen kann sie nicht wirklich einschätzen. Es geht das Gerücht um, das es Veränderungen zur Streichliste geben soll, damit kann man nicht wirklich etwas anfangen, da nichts Konkretes vorliegt. Zu den Haushaltsdiskussionen sollte schon ins Detail gegangen werden.

Frau Brederlow antwortete, das sie hier nur das vorlegen kann, was sie hat. Diese Beschlussvorlage zu KITA wurde ähnlich wie die in Magdeburg erstellt, das mit der 5%igen Eigenbeteiligung bei den Betriebs- und bei den Sachkosten dies erfolgen soll. Es soll nicht beim pädagogischen Personal gespart werden. Die Leistungsfähigkeit der Träger wird geprüft, wenn es um die Verwendungsnachweisführung geht. Die Träger wissen, dass oftmals zum Jahresende oder Anfang des neuen Jahres korrigiert worden ist. Beim EB Kita ist nochmal eine andere Situation, hier müsste der Wirtschaftsplan geändert werden.

Herr Kogge sprach an, dass die 5% Eigenbeteiligung im Gesetz so stehen. Die Frage der Prüfung der Leistungsfähigkeit ist eine andere Sache. Im Rahmen der Gleichbehandlung ist die Frage, ob Kita anders behandelt werden als anderes Fachpersonal. Bei den Hilfen zur Erziehung wird auch keine Eigenbeteiligung verlangt. Am pädagogischen Personal soll nicht gespart werden, deswegen wurden die 5% bei den Betriebs- und Sachkosten genommen. Im Haushaltsplan im Stadtrat 14.12.11 waren die Zahlen der Haushaltskonsolidierung in einer Liste, jetzt wurde dies mit Beschlussvorlagen zur Mittelreduzierung konkret untersetzt. Die Verwaltung hat hier auch die „Nebenwirkungen“ mit reingeschrieben. Egal welcher Schritt gemacht wird, es gibt immer Nebenwirkungen. Wenn hierzu eine Ablehnung kommt, steht die Frage, woher sollen die Mittel kommen bzw. wo soll dann gespart werden, wo soll Anderen etwas weg genommen werden?

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., sprach an, dass dieser Vorlage nicht zugestimmt werden kann. Die Leistung aus Bildung und teilhabe ist eine zusätzliche Leistung, die woanders her kommt. Mit der Reduzierung beim Schnatterinchen hat sie auch ein Problem. Es war damals gezielt dieser cliquentreff aufgebaut worden, um hier etwas für Kinder und Jugendliche zu haben.

Dann fällt ja noch eine Einrichtung im Bereich der Jugendarbeit weg. Dann fehlt wieder ein präventives Angebot in der Stadt. Zur Reduzierung im Kita-Bereich sprach sie an, dass die Träger doch nicht viel bei den Sachkosten einsparen können. Letztendlich wird es wieder den Kindern weggenommen. Also kann hier nicht zugestimmt werden.

Herr Schachtschneider sprach an, dass seine Anfrage vom 23.02.12 ja beantwortet vorliegt. Die Eigenbeteiligung wäre immer Verhandlungsbasis.

Frau Brederlow verwies darauf, dass auch in der Beschlussvorlage drin steht, dass es hier um Erfahrungswerte der letzten Jahre geht, auf die wir zurück greifen können.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass auch gesehen werden sollte, was es kosten würde, wenn Träger Insolvenz anmelden müssen, weil sie nicht mehr liquid sind.

Frau Brederlow wies darauf hin, das zu Zeiten, als die Kitas übernommen worden sind, auch schon eine Eigenbeteiligung für die Träger enthalten war.

Frau Gellert, sprach an, dass Kita-Plätze vorgehalten werden sollen. Wenn Träger dies nicht mehr leisten können, fehlen die Plätze.

Frau Brederlow verwies auf die Leistungsfähigkeit eines Trägers gemäß SGB VIII. Dem Jugendamt ist anzuzeigen, wenn die Leistungsfähigkeit nicht mehr gegeben ist.

Frau Schubert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) wies darauf hin, dass sie bereits in der Sondersitzung angesprochen hatte, dass bei den Verhandlungen der Stadt mit den Trägern in den 90iger Jahren die 5% Eigenbeteiligung nicht gebracht werden konnten, was die Träger damals schon gesagt haben. Was durch Herrn Kogge als Nebenwirkung bezeichnet, zieht eine Rückübertragung der Einrichtungen an die Stadt nach sich. Dies sind ernste Themen.

Frau Brederlow wies darauf hin, das bekannt ist, welche Erwartungen das Landesverwaltungsamt an die Kommune hat. Es sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um den Haushalt genehmigungsfähig zu machen. Es wurde schon genau geschaut und sich auch an Magdeburg hier orientiert. Es hat sich gegenüber den 90iger Jahren deutlich vieles geändert.

Frau Wolff sprach an, dass dieses Thema nicht weiter ausgeweitet werden sollte. Es wurde hier schon deutlich gesagt, dass hier nicht zugestimmt wird. In der Diskussion wurde deutlich, dass es so nicht gewollt ist, da die Risiken so nicht getragen werden können und dies auch dem EB Kita nicht zugemutet werden kann.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach an, das nicht weiter diskutiert werden braucht, da sich alle hierzu einig sind. Der Fachausschuss macht deutlich, dass diese Reduzierungen so nicht kommen können. Der Jugendhilfeausschuss muss sagen, dass es so nicht geht und dies auch gegenüber dem Finanzausschuss und Stadtrat deutlich machen.

Herr Schachtschneider sprach an, das alle diese Diskussion kennen, aber auch das der Haushalt in Ordnung gebracht werden muss. Wenn wir in diesem Bereich hier nicht kürzen wollen, dann müssen wir den Mut haben, woanders zu kürzen.

Herr Dr. Kluge, Beratendes Mitglied (Evang.Kirchenkreis), sprach an, dass ihm die Finanzierung in Magdeburg nicht bekannt ist. Mit der 5%igen Eigenbeteiligung geraten die Träger in existentielle Schwierigkeiten.

Herr Tobias Kogge sprach an, dass er bei einer Ablehnung deutlich machen muss, dass die Problematik der Einsparung von Mitteln bleibt. Wo soll das Geld dann herkommen? Was den Bereich Kita betrifft, geht es hier nicht nur um die Betreuung von Kindern sondern um Bildung. Dies muss auch im Land deutlich so rüber gebracht werden. Eine neue Gebührensatzung kann nicht vorgelegt werden, da das Land Veränderungen im Kinderförderungsgesetz (KiFöG) angezeigt hat, welche zum Ende des Jahres zu erwarten sind. Wenn wir sparen, wo sparen wir eigentlich? Sparen wir am Kind oder auch an den Strukturen? Er bittet um konstruktive Mitarbeit hierbei. Nein sagen ist das Eine, wo soll letztendlich gespart werden?

Frau Hanna Haupt sprach an, dass die Diskussion beendet ist und rief zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Befürwortungen:	0
Ablehnungen:	10
Enthaltungen:	2

Einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt das in der Begründung beschriebene Einsparvolumen in Höhe von insgesamt 1,77 Mio. EUR im Haushaltsjahr 2012.
2. Der Stadtrat fordert die Oberbürgermeisterin auf, den Leiter des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen anzuweisen, dem Stadtrat einen geänderten Wirtschaftplan für das Jahr 2012 vorzulegen. Die Reduzierung soll 400.900 EUR betragen, ein Eigenanteil i.Hv. 275.000 EUR ist auszuweisen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) sprach an, dass von Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), schriftlich Fragen vorlagen, wozu die Verwaltung die Antwort heute ausgelegt hat.

Da den Mitgliedern die Fragen nicht bekannt waren, **sagte die Verwaltung** zu, dass dies komplett der Niederschrift angehängen wird.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass die Antwort der Verwaltung zu der Anfrage von fünf Stadträtinnen und Stadträten heute ebenfalls ausgelegt worden ist.

zu 8 **Mitteilungen**

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilte mit, dass vom Bund für die Jahre 2012, 2013 und 2014 für die Elternbegleitung und –beratung 10.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Im Regenbogenzentrum wird dies in die Beratung Kita investiert.

Weitere Mitteilungen:

Frau Brederlow teilte mit:

- dass Frau Brink, bisher Ressortleiterin im Stadtteilzentrum West, das Jugendamt zum 01.03.2012 verlassen hat. Amtierend ist in diesem Ressort Frau Thiel jetzt zuständig.

- dass am 17.4.12 eine Regionalkonferenz zum „Klimaschutz an Schulen und Bildungseinrichtungen in Halle tagt. Der Flyer wird der Niederschrift angehängen.

- dass die Stadt Halle ausgewählt worden ist, den Titel „Kinderfreundliche Kommune“ erwerben zu können. Dazu findet morgen ein Gespräch mit UNICEF und dem Deutschen Kinderschutzwerk statt. Wenn wir uns dafür bewerben wollen, wird eine Vorlage für den Stadtrat vorbereitet

zu 8.1 **Informationen zum Stand des Bundeskinderschutzgesetzes**

Frau Hesselbach, Mitarbeiterin Jugendamt, informierte zum Stand Bundeskinderschutzgesetz. Sie erläuterte die Ziele des Gesetzes und seine Aufgaben anhand einer Präsentation. Sie erläuterte u.a. hierbei auch die Netzwerkstruktur, wo alle wichtigen Akteure im Kinderschutz zusammenarbeiten und ging auf den Beratungsanspruch ein. Der Beratungsanspruch besteht auch für Kinder und Jugendliche in Not- und Konfliktsituationen und für Pflegekindereltern. Eine Beratung muss ortsnah sichergestellt sein. Kern des Gesetzes ist der Ausbau der frühen Hilfen im Interesse der Entwicklung von Kindern. Die Bundesinitiative „Familienhebammen“ wurde eingeführt, bisher gab es hier nur Landesprojekte. Es gibt grundlegende Änderungen der Regelungen im Betriebserlaubnisverfahren. Bis zum 31.12.15 hat die Bundesregierung die Wirkungen des Gesetzes unter Beteiligung der Länder zu untersuchen und muss die Ergebnisse dem Bundestag vorlegen.

Diese Präsentation wird der Niederschrift angehängen.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bzgl. der Familienhebammen, die bisher vom Land finanziert worden sind und jetzt Mittel vom Bund hierfür zur Verfügung gestellt werden. Dann kann sich das Land hier wohl zurück ziehen, wenn die Finanzierung gesichert ist?

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) antwortete, das hier das Land abwägt und schaut, was an Empfehlungen kommt. Sobald nähere Informationen hierzu vorliegen, wird sie im Jugendhilfeausschuss dazu informieren.

Anfrage Frau Pohl, Beratendes Mitglied (Stadtelternbeirat), wie viel Familienhebammen es im Land Sachsen-Anhalt gibt?

Antwort Frau Hesselbach, dass es sich hier um 5 Familienhebammen handelt. Es handelt sich hierbei um ein auf 4 Jahre zeitlich befristete Bundesinitiative
Der Bund finanziert dies in 2012 mit 30 Mio. Euro, in 2013 mit 45 Mio. Euro und in 2014/15 mit 51 Mio Euro. Die Zuweisung von Landesmitteln bleibt abzuwarten.

Anfrage Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wer macht wann die Erfassungsbögen für die Einzelfälle ?

Antwort Frau Hesselbach, bei jedem Kind mit einem Verdacht auf eine Gefährdung muss der Bögen ausgefüllt werden, hierzu soll halbjährlich eine Auswertung im Jugendamt erfolgen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), dankte für die Ausführungen.

zu 8.2 Berichterstattung Modellprogramm JUGEND STÄRKEN - "Aktiv in der Region Halle (Saale)"

Herr Deckert, Mitarbeiter Jugendamt, stellte den Zwischenbericht zum Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region anhand einer Präsentation vor. Er sprach an, dass es hierzu 35 Modellkommunen gibt.
Er ging auf den 1. Teil, die Koordinierungsstelle, ein und erläuterte diese mit ihren Zielen und Aufgaben.
Es wird hierüber die Netzwerkarbeit und Öffentlichkeitsarbeit koordiniert:

Eine Mitarbeit aller Programmteile JUGEND STÄRKEN erfolgt in einer Steuerungsgruppe.

Die Koordinierungsstelle ist im Beirat zur „Berufsorientierung Stadt Halle“ (Agentur für Arbeit Halle) vertreten und im Qualitätszirkel zur Jugendsozialarbeit nach § 78 SGB VIII.
Die Netzwerkarbeit auf Akteursebene erfolgt in der stadtweiten Arbeitsgruppe zur Berufsorientierung. Letztere hat als Ergebnis eine Datenbank zur Berufsorientierung erarbeitet, welche 2011 installiert worden ist und auf der Homepage der Stadt freigeschalten wurde.
Die „Bundesinitiative JUGEND STÄRKEN“ wurde durch die Stadt Halle in Dresden auf dem Evangelischen Kirchentag 2011 vertreten.

Als Lückenschlussprojekte wurden: Streetwork-Jugendberufshilfe und BVJpraktisch genannt, hierzu stellte er vor: Herrn Raudith, Leiter der Kompetenzagentur Halle beim Träger Jugend- und Familienzentrum St. Georgen e.V. und Herrn Lemberg, Koordinator Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe beim Träger Jugendwerkstatt Bauhof Halle, welche anschließend die Projekte vorstellten.

Die Präsentation zum Bericht wird der Niederschrift angehängen.

Über das Projekt „BVJpraktisch“ berichtete **Herr Lemberg von der Jugendwerkstatt Bauhof** und zum Projekt Streetwork-Jugendberufshilfe **berichtete Herr Raudith**.

Anfrage Frau Raab, FDP-Fraktion, welches Finanzvolumen hier dahinter steckt?

Antwort Herr Deckert, dass für den Zeitraum 2010 bis 31.12.2013 400 T EURO Fördermittel für die Stadt Halle für das gesamte Projekt zur Verfügung stehen. Bei einer Gegenfinanzierung von einer ½ Personalstelle sind dies insgesamt 500 T EURO.

Anfrage Frau Raab, ob die Fördersumme von 500.000 T Euro für die erwähnte Anzahl von Jugendlichen ist?

Antwort Herr Deckert, nein, das ist eine der Aufgaben, welche das Programm beinhaltet. Heute ist als Zwischenbericht zum Programm über diese Lückenschlussprojekte berichtet worden. Vor 1 Jahr wurde zum Modellprogramm insgesamt bereits ein Bericht gehalten.

Anfrage Frau Raab, wofür die Mittel sind?

Antwort Herr Deckert, dass ein großer Teil für Personalkosten aufgewendet wird, da hierzu eine Planung und Steuerung zum § 13 SGB VIII erfolgt.

Frau Raab sprach an, dass sie heute dem Bericht nicht wirklich etwas Entscheidendes für die Jugendlichen entnehmen konnte.

Herr Deckert antwortete, dass er dann zukünftig im jährlichen Bericht zu diesem Modellprogramm wieder insgesamt berichten wird und nicht fortlaufend zu den Programmteilen, damit es deutlicher wird, was Ziel und Aufgabe ist und wofür die Mittel verwendet werden.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) sprach an, dass Verläufe des Modellprogrammes jährlich im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden sollen, was heute hier fortlaufend zum Bericht des vergangenen Jahres erfolgte.

Anfrage Frau Heike Wießner, CDU-Fraktion, ob das Angebot „BVJpraktisch“ freiwillig für die Jugendlichen ist und was aus den „Abbrechern“ wird?

Herr Raudith antwortete, dass dieses Angebot freiwillig ist.

Es wurde Streetwork-Jugendberufshilfe installiert, um den Jugendlichen, den Gedanken an eine Zukunft und diese dann in entsprechende Angebote zu vermitteln. Der Jugendliche muss seine bisherige Lebenssituation freiwillig verändern wollen. Hartz IV bleibt immer als Alternative, deshalb muss mit jedem Jugendlichen geschaut werden, welche Möglichkeiten sich diesen bieten. Immer unter der Voraussetzung, dass der Jugendliche hierbei mitmachen möchte.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, sprach an, dass dieses Projekt ja nur eine begrenzte Anzahl von Jugendlichen erreicht. Es gibt doch sicher in der gesamten Stadt interessierte Jugendliche am BVJpraktisch? Eine Begleitung nach dem Projekt wäre doch sicher auch noch wünschenswert? Wie alt sind die Jugendlichen?

Antwort Herr Deckert, dass eine Voraussetzung zur Teilnahme am BVJpraktisch nicht nur die Vermittlung über Streetwork Jugendberufshilfe ist, es kommen auch Jugendliche dort hin, die, die davon gehört haben und sich melden bzw. über z.B. ASD.

Herr Lembert ergänzte, dass die Jugendlichen, auch danach noch betreut werden, wenn sie das wünschen. Diese können sich dann melden. Die Jugendlichen sind alle älter als 15, der Älteste ist 17 Jahre.

Anfrage Frau Masur, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wie viel Mitarbeiter in diesem Projekt tätig sind?

Antwort Herr Lembert, dass es sich hier um 1,25 Vollzeitstellen handelt (Tischler und Sozialpädagoge).

Anfrage Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wie die Jugendlichen Kenntnis von dem Projekt erhalten und wie viel sich dafür angemeldet haben?

Antwort Herr Raudith, Streetwork geht auf die Straße und geht zu den Jugendlichen. Da muss sich keiner anmelden. Wenn Jugendliche signalisieren, dass eine Veränderung im bisherigen Leben gewünscht ist, dann werden diese vermittelt. Streetwork begleitet entsprechend.

Anfrage Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., ob Möglichkeiten gesehen werden, dieses Programm weiterzuführen?

Antwort Herr Deckert, dass dies als Ergebnis im Bereich Jugendberufshilfe in die Jugendhilfeplanung mit einfließen soll und dann muss mit den vorhandenen kommunalen Mitteln gesehen werden, wie hier weiter verfahren werden kann.

Frau Brederlow antwortete, dass abschließend gesehen werden muss, was es für die Jugendhilfeplanung gebracht hat. Verläufe werden angesehen, was sich bewährt und was keinen Effekt gebracht. Das kann aber erst dann angeschaut werden.

Herr Deckert sprach an, dass die ESF-Förderung 2013 aufhört.

Frau Hanna Haupt dankte für die Berichterstattung.

zu 8.3 Abschlussbericht zu Hilfen zur Erziehung und Kindertagesstätten 2011

Frau Schöps, Ressortleiterin Jugendamt, stellte anhand einer Präsentation zuerst den Abschlussbericht Hilfen zur Erziehung (HzE)2001 vor. Sie erläuterte die statistischen Übersichten und die Darstellung der Hilfen dazu. Sie ging auf die Fallzahlen ein und die Auszahlungen zum Quartalsende.

Anfrage Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, ob mit dem doppelten Haushalt jetzt alles klarer wird?

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) sprach an, dass 2011 und 2012 das noch nicht so klar ersichtlich sein wird, aber dann erfolgt die klare Abgrenzung in der Doppik.

Anfrage Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, dass die Rechnungslegung doch zum 01.12. erfolgen müsste?

Herr Kogge die Rechnungen werden immer rückwirkend eingereicht, entsprechend ist die Zuordnung und Leistungserbringung.

Zum HzE-Bericht gab es keine weiteren Anfragen.

Frau Schöps stellte den Abschlussbericht 2011 zu Kindertagesstätten vor.

Herr Kogge wies darauf hin, dass die Nachfrage nach Kinderbetreuung gestiegen ist.

Keine Anfragen zum Bericht.

Die Zusendung der Präsentation zu beiden Berichten per E-Mail an die Fraktionen wurde zugesagt.

zu 9 Themenspeicher

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), teilte mit, dass der Themenspeicher allen Mitgliedern vorliegt. Dieser wird nach Erfordernis aktualisiert.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass heute Antworten zu mündlichen Anfragen aus der Sondersitzung beantwortet vorliegen.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte an, ob die per E-Mail zugesendete Beanstandungsverfügung auch an die Freien Träger gegangen ist?

Die Verwaltung antwortete, dass dies per E-Mail an alle Mitglieder und somit auch an die Vertreter der freien Träger, gegangen ist.

Anfrage Frau Wolff zur vorliegenden Prioritätenliste Investitionen, die zum Haushalt gehört, da hier nicht die beschlossenen Brandschutzmaßnahmen für den Kita-Bereich enthalten sind. Warum ist dies nicht enthalten?

Herr Tobias Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) antwortete, dass wir Kindertagesstätten im Eigenbetrieb und welche mit Erbbaupachtverträgen haben. Es ist schwierig eine Lösung zu finden, die dem Wunsch der Träger nachkommt. In der Prioritätenliste war einiges angemeldet worden, was hier nicht berücksichtigt wurde. Im Bereich Horte wurde bei der Sanierung von Objekten versucht, den Brandschutzbestimmungen nachzukommen.

Frau Wolff sprach an, das es ihr ausschließlich um die Kindertagesstätten jetzt geht.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass am 8.2.12 zwei Anfragen an die Verwaltung gegeben worden sind, hierzu sollte eine schriftliche Antwort erfolgen.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt), antwortete, das es hierbei um Verwaltungshandeln geht. Was die Bescheidung angeht, erhalten die Träger die Information, was sie erhalten. Ein Bescheid ist noch nicht möglich. In der AG Kita kann hierzu informiert werden. Die Frage zur Verwendungsnachweisführung kann sie dahingehend beantworten, dass hier z.Zt. die 2007 geprüft werden. Wenn ihr mehr Personal zur Verfügung gestellt wird, kann dies auch schneller abgearbeitet werden.

Frau Gellert, fragte an, ob es zum „Stark III“ schon eine Liste gibt?

Antwort Frau Brederlow, dass hierzu noch keine Liste vorliegt. Die Liste von 2007 wird aktualisiert werden und wird dann auch dem JHA vorgelegt.

Keine weiteren Anfragen.

zu 11 **Anregungen**

Es gab keine Anregungen.

Die öffentliche Sitzung war gegen 18.20 Uhr beendet.

Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Uta Kaupke

Protokollführerin